

KURZFASSUNG

SENDESPERRFRIST 16. Dezember 2016 um 9:30 Uhr MEZ

ifo Konjunkturprognose 2016-2018

Robuste deutsche Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik

München, 16. Dezember 2016 – Der robuste Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft seit dem Jahr 2013 befindet, wird sich fortsetzen. Das ifo Institut rechnet mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,9% im laufenden Jahr. Im Jahr 2017 dürfte der Anstieg auf 1,5% zurückgehen, was jedoch nur auf eine im Vergleich zum Vorjahr geringere Anzahl von Arbeitstagen zurückzuführen ist. Im Jahr 2018 wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1,7% expandieren. Allerdings sind die Risiken, mit denen diese Prognose behaftet ist, außerordentlich hoch. Mit dem Brexit-Referendum, der US-Präsidentenwahl und der gescheiterten Verfassungsreform in Italien hat sich die globale politische Landschaft stark verändert, was weitreichende und in hohem Maße ungewisse Konsequenzen für die Weltwirtschaft und Deutschland in den kommenden Jahren haben könnte. Wird die US-amerikanische Finanzpolitik – wie vom neugewählten Präsidenten angekündigt – deutlich expansiver, dürfte dies der Konjunktur in den USA und dem Rest der Welt signifikante positive Impulse bescheren. Ein hohes und fortwährendes Maß an politischer Unsicherheit sowie zunehmende politische und wirtschaftliche Desintegration würden die wirtschaftlichen Aussichten merklich beeinträchtigen.

Lage der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft expandierte im zurückliegenden Sommerhalbjahr etwas kräftiger als noch zu Jahresbeginn 2016. Dabei haben die fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften in etwa gleichermaßen zur Belebung der Weltkonjunktur beigetragen. In den USA sorgten im dritten Quartal 2016 vor allem der Lagerzyklus und eine kräftige Zunahme des Exportgeschäfts für eine merkliche Beschleunigung des Expansionstempos. In Japan wirkten das abermalige Aufschieben der fiskalischen

Konsolidierung und die Implementierung eines neuen Konjunkturpakets stützend. Schließlich hat sich die moderate Erholung des Euroraums fortgesetzt.

Auch in wichtigen Schwellenländern wie China, Indien und Indonesien waren expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen für die Zunahme der Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts im Sommerhalbjahr 2016 verantwortlich. Schließlich entschärften sich die rezessiven Tendenzen in rohstoffexportierenden Schwellenländern wie Russland und Brasilien, da Notierungen vieler Industrie- und Agrarrohstoffe seit einigen Monaten wieder moderat aufwärtsgerichtet sind. Zudem bewegte sich der Preis von Erdöl der Sorte Brent seit dem Frühjahr 2016 weitgehend stabil um etwa 45 US-Dollar pro Barrel, nachdem er im Januar die Marke von 30 US-Dollar unterschritten hatte. Maßgeblich für die Ölpreisstabilität sind zwei gegenläufige Effekte. Einerseits kam es zu einer anziehenden Nachfrage nach Erdöl vor allem aus China und Indien. Andererseits führten die Verhandlungen zwischen den OPEC-Mitgliedern zu einer Limitierung der Erdölförderung. Schließlich kam es im November 2016 zu einer Einigung, an der sich auch Russland beteiligt und im Zuge derer der Erdölpreis auf über 50 US-Dollar stieg.

In den zurückliegenden sechs Monaten hat sich die globale politische Landschaft stark verändert, was weitreichende und in hohem Maße ungewisse Konsequenzen für die Weltwirtschaft in den kommenden Jahren haben könnte. So entschied Großbritannien im Juni 2016 mit einem Referendum den Austritt aus der Europäischen Union (EU); der Ablauf und die Konditionen dieses sog. Brexit werden ab dem nächsten Jahr auf der politischen Bühne verhandelt. Die überraschende Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten wirft eine Vielzahl an Fragezeichen im Zusammenhang mit der künftigen politischen, finanzpolitischen und außenhandelspolitischen Ausrichtung der USA auf. So hat sich der neu gewählte Präsident während des Wahlkampfs zwar für eine expansivere Fiskalpolitik, aber auch für eine merklich protektionistischere Außenhandelspolitik und einen deutlichen Abbau des sicherheitspolitischen Engagements seines Landes auf internationaler Ebene ausgesprochen. Schließlich hat Italien in einem Referendum eine Verfassungsänderung abgelehnt, die das wirtschaftlich angeschlagene Land reformfähiger hätten machen können.

Allerdings haben diese Ereignisse vorerst nicht die befürchteten negativen konjunkturellen Effekte ausgelöst. Nach dem Brexit-Votum haben sich die Finanzmärkte nach unmittelbaren Turbulenzen schnell wieder gefangen; bereits im

Spätsommer lagen die meisten Aktienindizes bereits wieder über ihren Ständen vom Mai 2016. Ebenso hat sich die Stimmung von Konsumenten und Produzenten in Großbritannien und der EU im Sommer nur vorübergehend verschlechtert und ist seit dem Spätsommer wieder aufwärtsgerichtet. Schließlich erwies sich die britische Realwirtschaft als robust und verzeichnete im dritten Quartal 2016 eine ähnlich hohe Zuwachsrate wie in den drei Quartalen zuvor. Auch die US-Präsidentenwahl konnte die Finanzmärkte sowie das Vertrauen von Konsumenten und Produzenten vorerst nicht beeinträchtigen. Maßgeblich für die sich nach der Wahl abzeichnende Verbesserung der Stimmung dürfte die Antizipation expansiver finanzpolitischer Maßnahmen durch den neugewählten Präsidenten sein. Schließlich blieb das nach dem Scheitern des Reformvorhabens in Italien befürchtete Wiederaufflammen der Eurokrise bislang aus. Ein Grund hierfür könnte sein, dass das mit einem positiven Ausgang des italienischen Referendums verbundene Positivszenario einfach nicht eingetreten ist.

Dennoch dürften die Brexit-Entscheidung, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und das in Italien abgehaltene Verfassungsreferendum nicht ohne kurzfristige negative Folgen bleiben. So sind Indikatoren der politischen Unsicherheit in Großbritannien, mehreren weiteren europäischen Ländern sowie in den USA im Juni scharf gestiegen und haben nach einem temporären Rückgang im November erneut spürbar zugenommen. Aktuell liegen sie auf einem deutlich höheren Niveau als noch zu Jahresbeginn 2016. Dies dürfte für sich genommen die Bereitschaft, Investitionen zu tätigen und langlebige Konsumgüter zu erwerben, mindern und damit die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum beeinträchtigen.

In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Brexit-Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ohne nennenswerte Verwerfungen verlaufen und sich frühzeitig ein „weicher“ Brexit abzeichnet, bei dem es zu keinen signifikanten Beeinträchtigungen der gegenwärtig bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der EU und Großbritannien kommt. Auch wird angenommen, dass im Prognosezeitraum die US-Regierung die bereits geltenden oder kurz vor dem Abschluss stehenden Freihandelsabkommen nicht nennenswert abändert oder gar aufkündigt und den grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalaustausch der USA mit dem Rest der Welt nicht einschränkt. Mangels konkreter Pläne oder gar Beschlüsse wird unterstellt, dass sich die finanzpolitische Ausrichtung der USA im Prognosezeitraum nicht ändert. Für Italien wird schließlich der Status quo eines

weiterhin schleppend verlaufenden Reformprozesses unterstellt. Dabei wird angenommen, dass die prekäre Situation des italienischen Bankensektors zu keinen größeren finanziellen Verwerfungen führt.

In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften bleibt die Geldpolitik außerordentlich expansiv ausgerichtet. Allerdings wurden ihr Expansionsgrad und ihr Schwerpunkt in den zurückliegenden sechs Monaten in unterschiedlichem Maße angepasst. Während die US-Notenbank (Fed) seit Dezember 2015 keine neuen Maßnahmen ergriffen hat, beschloss der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) auf seiner jüngsten Sitzung, ab April 2017 den Umfang der Wertpapierankäufe zu reduzieren. Die japanische Notenbank beließ zwar das Volumen der Wertpapierankäufe und die Leitzinsen unverändert; jedoch nahm sie mehrere strukturelle Anpassungen hinsichtlich ihrer Ziele und der Kommunikation ihrer Maßnahmen vor. In Großbritannien wurden schließlich die geldpolitischen Zügel nach dem Brexit-Referendum wieder gelockert.

Die Finanzpolitik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte den Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre im Prognosezeitraum vorerst nicht fortsetzen. In Japan wurde zu Jahresbeginn, angesichts des geringen Expansionstempos, ein neues Konjunkturprogramm aufgelegt. Ferner wurde die für April 2017 geplante Mehrwertsteuererhöhung auf das Jahr 2019 verschoben. Auch andere ursprünglich vorgesehene Sparmaßnahmen wurden weiter in die Zukunft verschoben. Damit hat die Intensität der fiskalischen Konsolidierung in diesem und im kommenden Jahr spürbar abgenommen. Auch im Euroraum wird vielerorts trotz der hohen Staatsverschuldung nicht mehr konsolidiert. Vielmehr dürfte die Fiskalpolitik im Prognosezeitraum sogar leicht positive Impulse für die Konjunktur zeitigen. Zwar ist dies in manchen Fällen, auf die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise zurückzuführen. Allerdings resultiert der Großteil dieser finanzpolitischen Lockerung vor allem aus den deutlich gesunkenen Zinsen auf öffentliche Anleihen und der wohlwollenden Haltung der EU-Kommission gegenüber Mitgliedsstaaten, die gegen die fiskalischen Regeln verstoßen. In den USA dürfte die Finanzpolitik im laufenden Jahr kaum nennenswerte Impulse für die Konjunktur geliefert haben. Da noch keine konkreten finanzpolitischen Pläne der neuen US-Regierung vorliegen, wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die fiskalische Ausrichtung auch im Prognosezeitraum in etwa neutral bleibt.

Ausblick für die Weltwirtschaft

Das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion dürfte im Winterhalbjahr 2016/17 im Vergleich zum dritten Quartal 2016 etwas abnehmen. Zwar haben sich das ifo Weltwirtschaftsklima und die Einkaufsmanagerindizes für die großen Industrie- und Schwellenländer zuletzt verbessert. Allerdings haben politische Ereignisse vielerorts zu einem deutlichen Anstieg der Unsicherheit geführt, die im gesamten Prognosezeitraum die gesamtwirtschaftliche Expansion dämpfen dürfte.

In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird die Konjunktur im Prognosezeitraum weiterhin sehr heterogen bleiben. So wird die aggregierte Wirtschaftsleistung der USA auch in den kommenden zwei Jahren kräftiger zulegen als jene des Euroraums und Japans. Die Wirtschaft des Euroraums wird nach wie vor durch die massiven strukturellen Schwächen mancher Mitgliedsländer – etwa das große Volumen ausfallgefährdeter Kredite in den Bankbilanzen in Italien und Portugal und die geringe Wettbewerbsfähigkeit der französischen und italienischen Volkswirtschaften – belastet. Entsprechend wird sich die Erholung zwar fortsetzen. Sie wird jedoch trotz der ausgesprochen akkommodierenden Politik der EZB weiterhin nur moderat bleiben. Auch die gesamtwirtschaftliche Produktion Japans dürfte im Prognosezeitraum nur langsam expandieren. Zwar ist die Geldpolitik auch dort äußerst expansiv und staatliche Konjunkturprogramme wirken bis in die zweite Hälfte 2017 stützend. Dem stehen jedoch die Belastungen durch strukturelle Faktoren wie ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial und ein relativ geringes Produktivitätswachstum entgegen. Das Expansionstempo in den Schwellenländern wird sich im Prognosezeitraum allmählich verlangsamen. Zwar werden Brasilien und Russland, angesichts nicht mehr fallender Ölpreise und der leichten Erholung der Notierungen anderer Rohstoffe, die Rezession im Verlauf des kommenden Jahres wohl überwinden. Auch Indien dürfte im Prognosezeitraum stark expandieren. Allerdings wird sich die trendmäßige Abnahme des Expansionstempos in China wohl weiter fortsetzen.

In diesem Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt mit 2,4% zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte die Rate aufgrund des hohen Ausgangsniveaus auf 2,9% steigen, um dann im übernächsten Jahr geringfügig auf 2,7% zurückzugehen. Dies entspricht einer leichten Revision gegenüber der ifo

Konjunkturprognose vom Juni 2016 in Höhe von $-0,1$ Prozentpunkten für dieses Jahr; die Prognose für 2017 bleibt unverändert.

Risiken

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum stellt das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU dar. Im Vorfeld des eigentlichen Brexits müssen sowohl die Parameter der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU als auch die Handelsabkommen mit mehr als 50 anderen Staaten, die auf EU-Recht basieren, neu verhandelt werden. Allerdings ist es noch völlig ungewiss, wann die formalen Verhandlungen eingeleitet werden und wann der Brexit stattfinden wird. Auch liegen noch keinerlei Anhaltspunkte darüber vor, wie die neuen Abkommen aussehen könnten. Sollte etwa die getroffene Einigung den Aufbau neuer Schranken für den Güterhandel und den Kapitalverkehr vorsehen, so gäbe es spürbar negative Folgen für das mittelfristige Wirtschaftswachstum in Europa und anderen Regionen der Welt. Aber auch bereits im Prognosezeitraum könnte eine andauernd hohe Verunsicherung der privaten Wirtschaftsakteure die Investitionstätigkeit in Großbritannien und in der EU belasten. Dies könnte etwa dann der Fall sein, wenn sich das Eintreten eines für den Außenhandel unfreundlichen Szenarios abzeichnen oder sich die Verhandlungen durch große Unwägbarkeiten kennzeichnen würden.

Auch die künftige wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung der USA ist seit den Präsidentschaftswahlen mit großer Ungewissheit behaftet und stellt daher eine Quelle zahlreicher positiver wie negativer Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum sowie darüber hinaus dar. So hat der neu gewählte Präsident während des Wahlkampfes für eine starke Ausweitung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen in Verbindung mit Unternehmenssteuersenkungen, einer merklich protektionistischeren Außenhandelspolitik und einem deutlichen Abbau des internationalen sicherheitspolitischen Engagements seines Landes geworben. Ob, in welchem Umfang und wann diese Vorhaben umgesetzt werden können, ist noch völlig ungewiss. Eine kräftige Erhöhung des fiskalischen Expansionsgrades etwa würde der Konjunktur in den USA und dem Rest der Welt signifikante positive Impulse bescheren. Negative Risiken für die Weltwirtschaft gehen von einem eventuellen Übergang der USA zu mehr Protektionismus in der Handelspolitik aus. Dies würde den Welthandel belasten und das Potenzial für technologische Spill-Overs in weiten Teilen der Welt

reduzieren. Schließlich könnte eine starke Reduktion der sicherheitspolitischen Beteiligung der USA innerhalb der NATO oder bei internationalen Krisen und Konflikten die politische Unsicherheit in vielen Ländern zunehmen lassen und die Investitionstätigkeit dort spürbar dämpfen.

Ein weiteres großes Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum geht auch vom Erstarken populistischer Parteien in wichtigen europäischen Ländern aus. Solche Parteien setzen sich zumeist für mehr Protektionismus in den außenwirtschaftlichen Beziehungen ihres Landes ein oder fordern eine gründliche Revision der EU-Verträge und in manchen Fällen sogar den Austritt ihres Landes aus der EU. Es ist nicht auszuschließen, dass derartig radikale politische Gruppierungen bei den Parlamentswahlen, die im kommenden Jahr in Frankreich, den Niederlanden und voraussichtlich Italien stattfinden, als Sieger hervorgehen. Dies könnte das Vertrauen in die politische Stabilität und den Zusammenhalt der EU stark erschüttern und negative ökonomische Folgen für die ganze Welt haben. Noch stärker werden die wirtschaftlichen Belastungen sein, sollten tatsächlich neue Handelsschranken innerhalb Europas aufgebaut werden oder Staaten dem Beispiel Großbritanniens folgen, indem sie sich für einen Austritt aus der EU entscheiden.

Lage der deutschen Wirtschaft

Seit 2013 befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem Aufschwung. Kennzeichnend dafür ist, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schnitt mit Raten ausweitete, die über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials liegen. Damit verringerte sich die Unterauslastung der Kapazitäten kontinuierlich und die Produktionslücke ist seit 2015 positiv. Dynamik und Triebkräfte des derzeitigen Aufschwungs unterscheiden sich allerdings deutlich von jenen der meisten früheren Erholungsphasen.

Der Aufschwung ist lediglich moderat, da die durchschnittlichen Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts vergleichsweise niedrig und nur knapp über der Potenzialwachstumsrate liegen. Der private Konsum entwickelt sich zwar recht kräftig; einen wichtigen Beitrag zu dieser Expansion leistet allerdings der starke Bevölkerungsanstieg der vergangenen Jahre. Je Einwohner gerechnet entwickeln sich die privaten Konsumausgaben so schwach wie in keinem der Aufschwünge der

vergangenen vier Jahrzehnte. Der flüchtlingsbedingte Bevölkerungsanstieg lässt jedoch die Konsumausgaben des Staates kräftig expandieren. Im Vergleich zu früheren Aufschwüngen trägt der Staat seit 2015 maßgeblich zur gesamtwirtschaftlichen Expansion in Deutschland bei. Während die Bauinvestitionen überdurchschnittlich zunehmen, ist die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen eher schwach, was vor dem Hintergrund der außergewöhnlich niedrigen Kreditzinsen überrascht.

Einer der Hauptgründe für die moderate gesamtwirtschaftliche Gangart ist der Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen, der in keinem der Aufschwünge der vergangenen vier Jahrzehnte derart gering war. Während in früheren Aufschwüngen wichtige expansive Impulse für die deutsche Wirtschaft aus dem Ausland kamen und sich dann über eine Ausweitung der Unternehmensinvestitionen und Einkommenssteigerungen auf die Binnenwirtschaft übertrugen, sind diese weltwirtschaftlichen Impulse im aktuellen Aufschwung bislang weitgehend ausgeblieben. Die nur zögerliche Erholung der für Deutschland wichtigen Handelspartner im übrigen Euroraum, die deutliche Verlangsamung des Wachstums in China sowie die durch die niedrigen Rohstoffpreise in Mitleidenschaft gezogene Absorptionsfähigkeit vieler Schwellenländer dürften hierfür ausschlaggebend gewesen sein.

Ausblick für die deutsche Wirtschaft

Im vierten Quartal 2016 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion, die im vorangegangenen Sommerhalbjahr merklich an Schwung verloren hatte, mit einem Anstieg in Höhe von 0,5% gegenüber dem Vorquartal wieder an Fahrt gewonnen haben. So ist der wichtigste Frühindikator für die deutsche Wirtschaft, der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft, seit dem temporären Tiefstand von August deutlich gestiegen. Der spürbare Produktionsanstieg dürfte sich dabei auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche erstrecken. Die Bruttowertschöpfung der Industrie dürfte mit einer ähnlichen Rate wie im zweiten Vierteljahr expandieren. Positive Impulse kommen weiterhin aus dem Baugewerbe. Schließlich dürften die großen Dienstleistungsbereiche ihre Wertschöpfung deutlicher ausweiten. Insgesamt wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2016 voraussichtlich um 1,9% zunehmen, kalenderbereinigt beträgt die Zuwachsrate 1,8%.

Im Jahr 2017 dürfte sich der moderate Aufschwung mit ähnlichen konjunkturellen Raten wie in diesem Jahr fortsetzen, vornehmlich getrieben von der Binnennachfrage. Der private Konsum expandiert anhaltend kräftig, befördert von höheren Tariflöhnen, zunehmender Transfereinkommen und der steigenden Beschäftigung. Der bislang vorrangig migrationsgetriebene öffentliche Konsum verliert hingegen an Fahrt. Zwar ist mit dem Inkrafttreten des Zweiten Pflegefördergesetzes und der damit verbundenen Ausweitung der Leistungen an Pflegebedürftige zu Jahresanfang noch einmal ein deutlicher Anstieg des Staatskonsums zu erwarten. Gegenzurechnen ist allerdings, dass sich der Zustrom an Hilfesuchenden annahmegemäß verringert und dass zunehmend Geld- statt Sachleistungen gewährt werden. Die Investitionen in Ausrüstungen werden im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen weiter unterdurchschnittlich expandieren. Maßgeblich hierfür dürften vor allem die sich wenig dynamisch entwickelnden Absatzperspektiven auf vielen Auslandsmärkten sein sowie die außergewöhnlich hohe Ungewissheit bezüglich des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses wichtiger Handelspartner Deutschlands. Dagegen profitieren die Investitionen in Bauten vom weiterhin günstigen Zinsumfeld, die Investitionen in Wohnbauten werden durch die große Zahl von Wohnungssuchenden besonders angeregt. Vom Außenhandel gehen im Prognosezeitraum rein rechnerisch voraussichtlich keine nennenswerten Impulse aus, da Exporte und Importe in ähnlichem Tempo expandieren werden.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt des Jahres 2017 um 1,5% ausgeweitet werden, unter Berücksichtigung der im Vergleich zum Jahr 2016 geringeren Zahl von Arbeitstagen um 1,8%. Im Jahresdurchschnitt 2018 wird das reale Bruttoinlandsprodukt dem Ursprungswert nach und auch kalenderbereinigt voraussichtlich um 1,7% expandieren. Damit liegt der prognostizierte Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in beiden Jahren nur geringfügig unter der Zunahme des Produktionspotenzials; die positive Produktionslücke wird sich im Prognosezeitraum langsam schließen.

Die Erwerbstätigkeit bleibt aufwärtsgerichtet. Im Jahresdurchschnitt 2016 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 450 000 steigen, im Jahr 2017 um 300 000. Für das Jahr 2018 rechnet das ifo Institut mit einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 375 000 Personen. Der Aufbau der Beschäftigung wird dabei überwiegend durch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung getragen. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt im Jahresdurchschnitt 2016 um gut 100 000. Die Entwicklung in

den Jahren 2017 und 2018 wird durch die Arbeitsmarkteffekte der Flüchtlingsmigration mitbeeinflusst. Der Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials lässt eine leichte Zunahme um knapp 15 000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2017 erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2018 dürfte die Arbeitslosigkeit in etwa auf dem Stand des Jahres 2017 verharren. Die Arbeitslosenquote beträgt in allen drei Prognosejahren wohl 6,1%.

Die Verbraucherpreise dürften im laufenden Jahr gegenüber 2015 um 0,5% steigen, wobei das niedrigere Niveau der Ölpreise im Vorjahresvergleich dämpfend wirkt. Im kommenden Jahr verstärkt sich der hausgemachte Preisauftrieb, zudem gehen von den Ölpreisen annahmegemäß keine weiteren preisdämpfenden Impulse aus. Im Jahresdurchschnitt 2017 wird sich das Verbraucherpreisniveau in Deutschland voraussichtlich um 1,5% erhöhen, im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,7%. Die Kerninflationsrate (Inflationsrate ohne Energieträger) dürfte von 1,2% im laufenden Jahr auf 1,4% im kommenden Jahr steigen; im Jahr 2018 ist eine Rate in Höhe von 1,7% zu erwarten.

Die Finanzpolitik ist in den Jahren 2016 und 2017 expansiv ausgerichtet, im Jahr 2018 dürfte sie voraussichtlich auf einen neutralen Kurs einschwenken. Der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss wird im laufenden Jahr in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf dem Niveau des Vorjahres verharren (0,7%); im Jahr 2017 wird die Quote auf 0,4% und im Jahr 2018 auf 0,3% sinken. Der strukturelle Finanzierungssaldo ist seit dem Jahr 2013 positiv und wird von 0,4% in Relation zum nominalen Produktionspotenzial im laufenden auf 0,1% im übernächsten Jahr sinken.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2015	2016	2017	2018
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	2,0	1,9	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	2,7	4,3	3,0	2,1
Bruttoanlageinvestitionen	1,7	2,2	1,8	3,1
Ausrüstungen	3,7	1,2	1,3	3,9
Bauten	0,3	2,6	1,8	2,8
Sonstige Anlagen	1,9	2,7	2,6	2,6
Inländische Verwendung	1,6	2,2	1,6	1,7
Exporte	5,2	2,4	3,1	4,2
Importe	5,5	3,2	3,8	4,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,7	1,9	1,5	1,7
Erwerbstätige ^{b)} (1000 Personen)	43057	43495	43792	44165
Arbeitslose (1000 Personen)	2795	2693	2705	2703
Arbeitslosenquote BA ^{c)} (in %)	6,4	6,1	6,1	6,1
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	0,5	1,5	1,7
Lohnstückkosten ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	1,3	1,3	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}				
- in Mrd. EUR	20,9	21,5	11,6	9,2
- in % des Bruttoinlandsprodukts	0,7	0,7	0,4	0,3
Leistungsbilanzsaldo				
- in Mrd. EUR	252,6	263,0	261,0	270,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	8,3	8,4	8,1	8,1
a) Preisbereinigte Angaben. - b) Inlandskonzept. - c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). - d) Verbraucherpreisindex (2010=100). - e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).				

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank;
2016 bis 2018: Prognose des ifo Instituts.

Zu einer ausführlichen Darstellung der Konjunkturprognose vgl. T. Wollmershäuser, W. Nierhaus, N. Hristov, D. Boumans, J. Garnitz, M. Göttert, C. Grimme, S. Lautenbacher, R. Lehmann, W. Meister, M. Reif, F. Schröter, A. Steiner, M. Stöckli, K. Wohlrabe, A. Wolf: ifo Konjunkturprognose 2016-2018: Robuste deutsche Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik, ifo Schnelldienst, im Erscheinen.

Die Prognose kann über <http://www.cesifo-group.de/prognose> aufgerufen und heruntergeladen oder unter presseabteilung@ifo.de angefordert werden.

Ansprechpartner: Prof. Dr. Timo Wollmershäuser (wollmershaeuser@ifo.de, Tel. 089/9224-1406).

Über das ifo Institut

Information und Forschung: Dafür steht das ifo Institut seit seiner Gründung im Januar 1949. Es hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und ist als gemeinnützig anerkannt. Das ifo Institut ist eines der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Europa und zugleich das in den deutschen Medien am häufigsten zitierte. Es ist durch einen Kooperationsvertrag eng mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) verbunden und hat seit 2002 den Status eines "Instituts an der Universität München". In der CESifo-Gruppe kooperiert das ifo Institut sehr eng mit dem Center for Economic Studies (CES) und der CESifo GmbH. CESifo ist auch die Marke, unter der die internationalen Aktivitäten der gesamten Gruppe gebündelt werden.